

Militarisierung stoppen - Kriegsdienstverweigerung organisieren

Antragstellende: AG Sozialsprechstunde, Linksjugend [solid]

Änderungsantrag zum Antrag des Bezirksvorstandes „Neukölln 2026: Gemeinsam sind wir stark! Wahlstrategie Die Linke Neukölln für die Wahlen 2026“ an die Mitgliederversammlung Linke Neukölln“

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Im Antrag des Bezirksvorstandes zur Wahlstrategie der Linken Neukölln für die Wahlen 2026 wird in Zeile 270 ergänzt:

Die Linke Neukölln unterstützt personell wie finanziell Aktionen insbesondere der Linksjugend [solid] und derer Bündnispartnern. Das Mittel der Schulstreiks sehen wir als wichtigen politischen Widerstand an und rufen alle dazu auf, sich daran zu beteiligen.

*Des weiteren soll die Sozialsprechstunde um die Beratung zur Kriegsdienstverweigerung gestärkt werden. Hierfür sollen entsprechende Mittel unter anderem zur Weiterbildung von beratenden Genoss*innen und zur Bewerbung des Angebots zur Verfügung gestellt werden. Weitere Aktionen zur Kriegsdienstverweigerung beispielsweise Schreibwerkstätten sollen stattfinden. Alle Menschen, welche den Kriegsdienst verweigern wollen, sollen bei der Linken eine Heimat finden.*

Begründung:

Mit der schrittweisen Wiedereinführung der Wehrpflicht schreitet die Militarisierung unserer Gesellschaft in einem Tempo voran, das uns alle alarmieren muss. Jungen Menschen soll nun staatlich verordnet eine Zukunft aufgezwungen werden, die sie auf militärische Einsätze vorbereitet, anstatt ihnen echte Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Die gleiche Generation, die bereits unter den sozialen, psychischen und finanziellen Folgen der Pandemie gelitten hat, soll nun ebenfalls die Last politisch geförderter Kapitalinteressen der Rüstungskonzernen tragen: Sie soll sich im Namen vermeintlicher „Sicherheit“ und geostrategischer Interessen der NATO-Staaten zum Dienst bereitmachen.

Während Milliarden in Rüstungsgüter, Kriegsmaterial und die Aufrüstung der Bundeswehr fließen, wird gleichzeitig dort gekürzt, wo Investitionen am dringendsten gebraucht werden: Bildung, Jugendhilfe, Sozialarbeit und soziale Sicherungssysteme. Schulen verfallen, Jugendclubs werden geschlossen und Sozialarbeiter*innen stemmen ihre Aufgaben längst am Limit, während die Bundesregierung behauptet, es sei kein Geld da. Doch Geld ist da, nur wird es für Waffen statt für Menschen ausgegeben.

Das Ziel dieser Politik liegt auf der Hand. Die Bundeswehr soll für Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten zur scheinbar alternativlosen Option werden. Wer aufgrund sozialer Benachteiligung keine Zukunft ohne Armut hat, soll durch finanzielle Anreize, vermeintliche „Karriereversprechen“ und mangelnde Alternativen in die Bundeswehr gedrängt werden. Militarisierung ersetzt soziale Gerechtigkeit.

Als sozialistische Partei ist es unsere Pflicht, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Wir dürfen nicht zulassen, dass Jugendliche zu Werkzeugen der Interessen der Reichen, der Rüstungsindustrie und geopolitischer Machtblöcke gemacht werden. Stattdessen müssen wir solidarisch an der Seite jener jungen Menschen und ihrer Familien stehen, die sich der Militarisierung widersetzen.